



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

66. Sitzung (öffentlich)

20. Januar 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

2

Hier: Gebühren für die neuen Reisepässe

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch eine Vertreterin des Innenministeriums entgegen.

2 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/5987 und 13/6216 - Neudruck
Vorlagen 13/3054, 13/3096

Zuschriften 13/4349, 13/4352, 13/4359, 13/4365, 13/4368, 13/4428,
13/4440, 13/4447, 13/4453, 13/4458, 13/4459, 13/4479, 13/4496

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung in geänderter Fassung anzunehmen.

Berichterstatter: Karl Peter Brendel (FDP)

3 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - FlüAG 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6224

Zuschriften 13/4520, 13/4524, 13/4566

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung in geänderter Fassung anzunehmen.

Berichterstatterin: Monika Düker (GRÜNE)

4 Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (MG NRW) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6300

Zuschrift 13/4601

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung über den Gesetzentwurf.

5 Gesetz über die Stiftung eines Gefahrenabwehr-Ehrenzeichens 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6259

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung in geänderter Fassung anzunehmen.

Berichterstattung: Klaus Stallmann (CDU)

6 Gesetz über die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPolG) 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6258

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Berichterstatte: Dr. Wilhelm Droste (CDU)

7 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen 10

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6311 - Neudruck

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

8 Mit unseren polizeilichen Profis mehr Straftaten bekämpfen und aufklären

13

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4317 - Neudruck

Vorlage 13/2822

In Verbindung damit:

Mut zu Reformen - Aufgabenorientierte, leistungsfähige Organisation der Polizei in Nordrhein-Westfalen

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5238

Und:

Die Polizei könnte besser sein als es die rot-grüne Landesregierung zulässt

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5245

Ausschussprotokoll 13/1185

Vorlagen 13/2822, 13/2969, 13/3108

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der CDU-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der FDP-Fraktion ab.

9 Risiko Müdigkeit am Steuer ernst nehmen - Initiative für mehr Verkehrssicherheit ergreifen 15

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6308

- Abschließende Beratung und Entscheidung über ein Votum

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

10 Entwurf einer Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen (ZustAVO) 15

Vorlage 13/3169

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem vorliegenden Entwurf der Forderung über Zuständigkeit im Ausländerwesen (ZustAVO) befasst. Einwände gegen den Entwurf und die Veröffentlichung der wurden nicht erhoben.

**11 Gewalt gegen Frauen und sexueller Missbrauch von Kindern
3. Bericht zum Handlungskonzept der Landesregierung** 16

Vorlage 13/3046

Der Ausschuss führt eine Aussprache über den 3. Bericht zum Handlungskonzept der Landesregierung.

12 Korruptions-Hotline beim Landeskriminalamt NRW 16

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

der Praxis wird jedoch dem Anliegen der Landesbeauftragten Rechnung getragen. Denn in der Bund-Länder-Projektgruppe, die sich mit diesen Fragen länderübergreifend befasst, gibt es Überlegungen, die Merkmale, die man für eine Abfrage braucht, näher zu konkretisieren. Beispielsweise haben wir uns darauf verständigt, dass die Merkmale Geschlecht und Staatsangehörigkeit nicht ausreichen sollen. Es gibt also Überlegungen in der Praxis, Einschränkungen vorzunehmen. Wenn man eine gesetzliche Änderung vornehmen wollte, müsste man sinnvollerweise auch das Melderechtsrahmengesetz ändern.

Zur Weitergabe von Daten an politische Parteien: Eine Einwilligung zur Weitergabe von Daten wird vom Bürger nur in seltenen Fällen erteilt. Die Parteien würden somit in der Regel die erbetenen Anschriften nicht erhalten. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir in diesem Punkt der Landesbeauftragten sehr stark entgegengekommen, indem wir abweichend von allen anderen Ländern enge Gruppen festgelegt haben. Die Möglichkeit, vollständige Register zu erhalten, ist damit endgültig ausgeschlossen.

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, dass er dem Minister die Anmerkungen der Polizei zusenden werde, um zu prüfen, inwieweit diese berücksichtigt werden könnten.

5 Gesetz über die Stiftung eines Gefahrenabwehr-Ehrenzeichens

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6259

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetzentwurf befasst und beschlossen, kein Votum abzugeben. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen sei am vergangenen Dienstag an die Ausschussmitglieder verteilt worden.

Einstimmig empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

Einstimmig empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, dem Gesetzentwurf der Landesregierung in geänderter Fassung zuzustimmen.

Berichterstatter: Klaus Stallmann (CDU)